

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Vorpagen-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vordwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonne 40 Pfg. für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die Reaktion an der Arbeit.

Seit den Tagen, wo Bülow das Palais in der Wilhelmstraße verließ und Bethmann Hollweg das Erbe des glatten Diplomaten antrat, kann die Regierung nicht auf allzubiele diplomatische und politische Erfolge zurückblicken. Dieses Gefühl scheinen auch die der Regierung ergebenen Parteien zu haben und insbesondere die bürgerliche Presse aller Schattierungen. In den letzten Wochen sucht man durch übermäßiges Schreien nach Knebelungsgesetzen aller Art die Verlegenheit der Regierung zu verdecken und die Grundlage zu einer kräftigen Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen zu schaffen. Schon lange suchte man eine Gelegenheit, um die feindlichen Wochenschriften wieder zur Sammlung gegen die gemeinsamen Feind, gegen die organisierte Arbeiterschaft aufzurufen zu können. Jedoch wird jeder objektive Beobachter unumwunden zugeben, daß man niemals ungeschickter vorgegangen ist, als zur gegenwärtigen Zeit, wo die bekannten Moabiter Vorgänge als Sturmsignal zu einem neuen Sozialistengesetz und zu einer Zuchthausvorlage für die Gewerkschaften dienen sollen. Wir halten von dem großen Philosophen am Wilhelmplatz nicht allzu viel, Bülow verstand noch eher zu imponieren, jedoch will es uns nicht in den Sinn, daß die Bethmann-Regierung sich zum Büttel dieser elenden Kapitalistenpresse erniedrigen und möchten wir den derzeitigen Kanzler doch etwas höher einschätzen. Fragen wir uns, was ist der Anlaß zu dieser schamlosen Geze, so müssen wir antworten: Nichts! gar nichts!

Wir haben bereits in der letzten Nummer unseres Blattes ganz kurz auf den Kohlenarbeiterstreik in Moabit hingewiesen und wie sich an diesen Kampf tagelange Krawalle anschlossen. Heute steht für jeden wahrheitsliebenden Menschen fest, daß die ganzen Vorkommnisse mit den Gewerkschaften, noch mit der politischen Organisation in Berlin, und die man auch frisch draußlos lag, auch mit der Jugendorganisation in keinerlei Verbindung gebracht werden können. Die Tatsache, daß etliche gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter sich unter den Verhafteten befinden, wird von der Polizei und von der bürgerlichen, scharfmacherischen Presse als Beweis angeführt, daß diese ganze Angelegenheit ein Werk der Arbeiterorganisationen sei. Derselbe Beweis, die solche Vorwürfe gegen die Arbeiter erhebt, war genötigt, aus ihrem eigenen Lesefreie-Stimmungsbilder von Augenzeugen aufzunehmen, die gleichfalls unter der brutalen Polizeiwilddie zu leiden hatten und wo mit aller Deutlichkeit nachgewiesen wurde, daß die Polizei wahllos darauf los geschlagen hatte und Verhaftungen vornahm. Die Prozesse, welche bald zu erwarten sind, werden dieses noch besonders unterstreichen. Bei der bekannten Englandbege wäre es kein Wunder, wenn so ein Preßkuli die englischen Konservativen für diesen Moabit verantwortlich gemacht hätte, da die Vertreter der englischen Presse schließlich auch politisch organisierte Leute, während der Krawalle in Moabit waren und auch ihre Prügel bekommen haben. Unsere Scharfmacherorgane bekommen schließlich alles fertig.

In der Art dieser Verdächtigungen liegt System. So lange wir schon als Arbeiterpartei auf das öffentliche Leben einen entscheidenden Einfluß ausüben, so lange versucht man den Gewerkschaften und politischen Organisationen das Treiben der Dunkelkammer an die Nase zu hängen. Keiner hat dieses besser verstanden als Bismarck, heute noch der angebetete Gott der Reaktion. Aus diesem Grunde ist auch zurzeit wiederum die Schnur nach einem solchen Mann von Blut und Eisen in der Scharfmacherpresse so überhäuft. Allen voran leistet sich auch auf diesem Gebiete „Die Post“ etwas Ungehörliches. Bereits am 28. September erhob dieses Blatt die Forderung auf Schutz der Schutzleute durch Heranziehung von Militär. Am 4. Oktober gibt dieses Schundblatt bereits der Militärbehörde den Rat, an dem Kreuzungspunkte der Putten- und Reußelstraße zwei Maschinengewehre aufzupflanzen. Dann wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie noch keine Anstalten zu einem neuen Sozialistengesetz mache. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ brachte am 30. September eine Aufforderung an die Regierung zur Einbringung eines neuen Knebelungsgesetzes, und druckte die wesentlichen Bestimmungen des Sozialistengesetzes vom Jahre 1878 zur empfehlenden Erinnerung ab. Man stellt die vage Behauptung auf, daß weite Kreise des Bürgertums sich für die schärfsten Maßnahmen gegen die Arbeiter erklären. Die Schredensstage von 1908 müssen vorhalten, die Vorgänge in Portugal sowie der französische Eisenbahnarbeiterkampf werden alles als Beweismittel herangezogen, um einmal Knebelungsgesetze für die Arbeiterschaft zu begründen und auf der anderen Seite dem ängstlichen Spielbürger die Sammlungsparole für die kommenden Reichstagswahlen begründlich zu machen. Die „Heinrich-Westfälische Zeitung“, welche sich zwar nicht für Heranziehung des Militärs erklären kann, weil dieses der ganzen Bewegung einen revolutionären Charakter verleihen und dadurch die Autorität der Landesgewalt leide, plädiert auch für „gesetzliche Mittel“. Die „Deutsche Tageszeitung“ forderte am 1. Oktober, daß ein Verbot des Streikpostens erlassen werde. Dazu hat das Blatt aber noch nicht genug, sondern es glaubt, daß die verbündeten Regierungen nicht umhin können, noch einmal den Versuch mit der Verlegung eines Arbeitswilligengesetzes zu machen. Es geht über den Rahmen dieses Blattes hinaus, wollten wir auch nur den Versuch wagen, unsern Mitgliedern ein Bild zu geben, was sich die reaktionäre Presse in den letzten Wochen geleistet hat. Daß in diesem Kampfe die „Deutsche Arbeiterzeitung“ nicht fehlt, versteht sich am Rande. Auch in der letzten Nummer vom 18. d. Mts. erlaubt sich das Blatt den Spaß, seinen Lesern vorzumischen, daß

die Sozialdemokraten nun endlich eingeschlagen haben, daß sie an den Moabiter Vorgängen nicht unbeteiligt seien. Mit solchen Preß-labalen muß sich die Arbeiterschaft herumschlagen.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand sich in einem gemeinsamen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft gewandt haben und sie zu einem energischen Massenprotest auffordern. Das Fiasco der preußischen Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie um ein freiere Wahlrecht für Preußen, die prompte Quittung, welche die Reichsregierung auf ihre famose Steuerpolitik bei den Nachwahlen des letzten Jahres und insbesondere bei der Frankfurt-Rebuser Wahl erhielt, raubt allen Ordnungstücheln die Besinnung. Die Tatsache, daß die Waulöwen der unterlegene Teil in dem gewaltigen Kampfe in diesem Frühjahr waren und daß auch jetzt die Dämonen der Metallindustrie nicht in den Himmel wuchsen, läßt das Kackegeschrei, welches in der Ordnungspresse zum Ausdruck kommt, erklärlich erscheinen.

Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und Zuchthausgesetze für die Gewerkschaften, das ist der Schlachtruf der Unternehmepresse.

Zurzeit finden im ganzen Reiche Massenversammlungen statt, in denen die Arbeiter gegen diese hinterlistigen Absichten der Scharfmacher auf das energischste protestieren und wir hoffen mit aller Bestimmtheit, daß auch unsere Mitglieder den Ernst des Tages erkannt haben und mit ihren übrigen Arbeitsgenossen den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen. Laßt es aber bei diesem Protest nicht bewenden, sondern reinigt auch die Arbeiterwohnungen von der gesinnungslosen Presse, insbesondere von den sogenannten parteilosen Blättern, a la „Berliner Sozialangeiger“, die der Arbeiterschaft so schlechte Dienste erweist. Vor allem aber:

Stärkt die Organisation, der beste Schutz gegen alle scharfmacherischen Gesetze.

Nach Magdeburg.

Unter so günstigen allgemein-politischen Anzeichen ist selten ein sozialdemokratischer Parteitag für Deutschland zusammengetreten wie derjenige, der mit rund 400 Abgeordneten der politisch organisierten deutschen Arbeiter vor kurzem in Magdeburg eine Woche lang tagte. Alles deutet darauf hin, daß die deutschen Volksmassen bis weit in das Kleinbürgertum und Kleinbauertum hinein bei den nächsten Reichstagswahlen gründlich mit den Ueberhebern der Brot- und Fleischzölle, der Bier- und Tabaksteuererhöhung, der Polizeibehörden und der Bremserei in der Sozialpolitik abrechnen wollen. Das haben die Nachwahlen zum Reichstag bis auf Frankfurt-Rebuser herunter bewiesen. Dasjenige, was als oppositionelle Stimmung durch große politische Kundgebungen zu erzeugen und zu befördern ist, braucht also der Magdeburger Parteitag nicht erst noch zu schaffen. Er fand es fertig vor und mußte sich nur bemühen, die Auswärtigen der Arbeiterklasse nicht zu verderben. Die Kleinarbeit für die Wahlen können andererseits nicht auf einem allgemeinen Parteitage gemacht werden. Das ist Sache der örtlichen und provinziellen Arbeiterorganisationen. Und so kam es denn, daß statt der großen politischen Aufgabe, die dem deutschen Proletariat in Jahresfrist zu lösen bevorsteht, innere Meinungsverschiedenheiten eine vorwiegende Rolle in Magdeburg spielten, die man rasch noch auszugleichen und vielleicht auch ein wenig gewaltsam zu beseitigen bestrebt war, um dann einig und geschlossen in die große Wahlkampf von 1911 mit Junker- und Scharfmacherium zu gehen.

Die Organisation und die Agitation der sozialdemokratischen Partei hatte sich im abgelaufenen Parteijahre wesentlich verbessert und einen Zuwachs von rund 90 000 Mitgliedern in ganz Deutschland erzielt. Das steht zwar immer noch lange nicht im richtigen Verhältnis zu der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die in der Sozialdemokratie schließlich ihr politisches „Instrument“ erblicken müssen, aber es war doch ein gewaltiger Fortschritt gegen die glückliche hinter uns liegende Krisenzeit. Wir mußten jetzt 1/4 Millionen organisierte Anhänger, darunter Zehntausende von Frauen. Im Süden ist die Organisation am lockersten und zählt in den Reichslanden kaum 5 Proz. unserer Wähler, im Norden, wo härter gearbeitet werden muß und das Leben ernster aufgefäßt wird, wo auch die Klassengegenstände am stärksten fortgeschritten sind, ist sie geschlossener und fester, in Hamburg z. B. umfaßt sie beinahe 40 Proz. unserer Wähler. Die Feststellung dieser Tatsache auf dem Parteitage hätte als ein sachlich erklärender Beitrag zur Budgetfrage aufgefaßt und gewürdigt werden müssen, was jedoch nicht geschah. Aber auch die Partei im ganzen genommen kann mit den Beiträgen der offenen Organisten nur die Hälfte ihrer mannigfachen Agitationsausgaben decken; für die andere Hälfte müssen die Ueberhüpfte großer Parteibetriebe helfen, was als eine Art Beitragserwerb der politisch noch Unorganisierten gelten darf. In der Parteifrage hatte offenbar keiner der Delegierten Lust und Reizung, alte Wunden wieder aufzureißen. Angenommen wurde lediglich ein Antrag Ludwigshafen, daß der Parteivorstand mehr als bisher für die Arbeitsruhe am proletarischen Weltfeiertage agitieren soll, was natürlich nur dann mit Erfolg möglich ist, wenn die Gewerkschaften sich zahlreicher und geschlossener zu günstiger Kampfzeit hinter das Parteiflag der Arbeit zu stellen vermögen. Dasselbe gilt von den Konsumvereinen, deren Förderung der Parteitag beschloß. Es braucht kein Buchstabe an irgendeinem Konsumvereinsstatut geändert zu werden. Treten

aber die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Massen bei und geben den Wirtschaftsgenossenschaften die Verwaltung und den Zweck, die ihren Arbeiterbedürfnissen entspricht; sehen sie nicht in erster Linie auf Kleinbürgerliche Dividendenjagd sowie auf billige Lieferung guter Ware und Ansammlung von Profits für schlimme Zeiten, so werden die Konsumvereine immer mehr ein nützliches Glied der Arbeiterbewegung und daneben auch noch eine gute Schule, in der wir erfahrene Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamte bilden.

Danach blieben dem Magdeburger Parteitag die beiden wichtigsten politischen Aufgaben zu behandeln übrig: die preußische Wahlrechtsfrage und die badische Budgetbewilligung. Und es ist ein Zeichen für die Unausgeglichenheit und Ungeklärtheit, die auch in unseren Reihen noch zu überwinden sind, daß sie beide nicht gleich kameradschaftlich erledigt wurden. In der preußischen Wahlrechtsfrage stellten sich die süddeutschen Genossen, bewußt der großen Tragweite einer vollständigen Gestaltung des Wahlrechts im Junkerstaate für ganz Deutschland, hinter die norddeutschen Genossen. Es kam infolgedessen zu einer erhebenden Kundgebung des geeinten deutschen Proletariats gegen die Junkerherrenschaft. Auch die von Genossin Luxemburg in diese Einigkeit hineingetragene Differenz über die Vorbereitung des Massenstreiks zu Zwecken des Wahlrechtskampfes konnte daran nichts Wesentliches ändern. Man verwarf sich seitens der nur unvollständig anwesenden Gewerkschaftsführer gegen eine Festlegung auf ein sehr zweischneidiges Kampfmittel durch die Partei, ohne daß die Gewerkschaften getraut seien. Aber man mußte beiderseits, daß bei dem großen Entschloßensempfe mit den Junkern alles daransetzen sei, um zu siegen, und so wuchs sich die Frage des Massenstreiks zu keiner entzweienden Diskussion aus. Anders beim badischen Budgetstreit. Hier lag eigentlich etwas ganz anderes vor als die Frage, ob die parlamentarische Tätigkeit einer sozialdemokratischen Fraktion diesmal und unfehlbar mit der Verweigerung des Budgets als Demonstration abzuschließen habe. Hier drehte es sich darum, ob die Genossen in Baden recht daran getan hatten, sich in eine allzu rege Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Liberalen einzulassen. Ueber die Fehler, die aus einem allzu regen Zusammengehen erwachsen können, sprach eigentlich nur ein einziger Medner ausüblich, während die Masse der Arbeiter im Land hauptsächlich jenes Zusammengehen vermieden haben will und in der Selbstständigkeit der proletarischen Parlamentaristik unserer Abgeordneten die Hauptsicherheit dafür sieht, daß sie nicht in Abhängigkeit von bürgerlichen Unternehmerinteressen geraten, wie einst die Freisinnigen im Bülowblock von den Junkern abhängig wurden. Diese Blockfrage ist für die Arbeiter viel umfassender und wichtiger, als die eine Budgetfrage. Verweigerung sowohl als Bewilligung des Budgets können unter verschiedenen politischen und parlamentarischen Umständen gleich schneidige Waffen im Kampf für das Arbeiterinteresse sein. Die Mehrheit des Parteitages verließ sich aber auf den unbestreitbaren Disziplinbruch, der die Vaterfreud durch Nichtachtung der bisherigen Parteitagebeschlüsse allerdinge begangen hatten. Und so wurde die badische Budgetbewilligung, im Uebereifer, die Disziplin hochzuhalten, die wir freilich im Kampfe gegen unsere Gegner brauchen, wie das tägliche Brot, doppelt scharf gerügt, durch Annahme eines Tadelantrages Bebel, sowie durch die stürmische Durchsetzung eines Zusatzantrags Zubeil, der jeden Budgetbewilliger künftig mit dem Parteiausschluß bedroht. Die Gefahren der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien aber kam zu kurz weg und die Frage, in welchen Fällen bei unabhängiger Haltung unserer Abgeordneten auch eine Budgetbewilligung ein brauchbares Kampfmittel sein kann, blieb ungeklärt. Die Klärung wird erst durch die Tatsachen und durch ruhige, von keinem Disziplinbruch beeinflusste Parteidebatten erreicht werden.

Alles in allem zeigte auch der Magdeburger Parteitag den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie sehr sie die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe um bessere Arbeitsverhältnisse brauchen, wie stark aber auch die Sozialdemokratie auf das Mitgehen der Gewerkschaften angewiesen ist. Möchte die Zukunft deshalb ein besseres gegenseitiges Sichverstehen im Interesse unseres Befreiungskampfes bringen.

Der internationale Arbeitslosigkeitstongress in Paris.

II.

Die Frage des Arbeitsnachweises findet in Deutschland seit der Errichtung der zu Kampfzwecken bestimmten einseitigen Unternehmer-Nachweise besonderes Interesse. Sie ist seit den Enthüllungen über die Massenauflösung durch den Mannheimer Industriellen-Nachweis und der Gründung des Nachweises des Zechenverbandes nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden, und ist gerade in dieser Zeit wieder aktuell durch den Kampf des Metallarbeiterverbandes gegen den Leipziger Unternehmer-Nachweis. Wir deutschen Gewerkschaften stehen prinzipiell auf dem Boden der Frankfurter Resolution von 1899, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt. Wir haben aber, die Undurchführbarkeit dieses Grundsatzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen berücksichtigend, unsere Forderung darauf reduziert, daß den Arbeitern auch die Verwaltung der Arbeitsnachweise ein gebührender Einfluß gewährt werden muß. Wir bekämpfen deshalb die private Stellenvermittlung, wie die einseitig vom Unternehmertum unterhaltenen.

Sich über den Wert der fortwährenden Ueberwachung des Arbeitsmarktes und der raschen Befriedigung von Angebot und Nachfrage allgemein auszusprechen, kann man hier unterlassen. Darüber ist sich jeder klar. Und das auf dem Pariser Kongress gesprochene Wort: das ganze Problem der Arbeitslosigkeit sei eng verknüpft mit der Organisation des Arbeitsmarktes, faßt diese Erkenntnis zusammen.

Mühlen.

Salz. Erfolgreiche Lohnbewegung und Tarifvertrag. Die Lohnbewegungen der Mühlenarbeiter bei der Firma Gebr. Monneburg-Salz...

In Gimmritz wurde kein Tarif abgeschlossen, jedoch eine allgemeine Lohnzulage von einer Mark pro Woche...

Herrf. Nachdem die Organisation in die Madewiger Mühle ihren Einzug gehalten, ist es gelungen, für die Arbeiter eine Lohnzulage von 1,50 Mk. für die Woche...

Korrespondenzen.

Kraus. Die gemeinsame Versammlung am 11. September nahm den Kartell- und Jahresbericht entgegen...

Weska in Oldenburg. Immer wieder gibt es Arbeitgeber, die mit allen Mitteln versuchen, die wenigen zugehenden Verbesserungen der Arbeiter illusorisch zu machen...

Gemmitz. Am 5. September versammelten sich die in den hiesigen Brauereien und Bierniederlagen beschäftigten Bierfahrer im Ballhaus Adler...

Elbing. Am 9. Oktober sprach in einer gutbesuchten Versammlung Genosse Sahne über die Arbeiter und ihre Existenz...

Salz a. Saale. Am 25. September tagte eine gemeinschaftliche Versammlung der Brauerei- und der Mühlenarbeiter...

Hamburg. Die Sektion der Mühlenarbeiter tagte am 9. Oktober. Nach der vom Kassierer Bierl gegebenen Abrechnung...

es ist, daß jeder Arbeiter dem Konsumverein angehört. Zum Schluß gab der Sektionsleiter noch einen kurzen Rückblick...

Altenau-Gehren. Die kombinierte Versammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter in Altenau und der Mühlenarbeiter in Gehren...

Merfeld. Die kombinierte Versammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter fand am 25. September statt...

Wiesbad. Am 1. Oktober sprach in unserer Versammlung Kollege Schrems über den wirtschaftlichen Kampf in der Arbeiterbewegung...

Winden. Ueber den Herrn Hofverwalter auf der Stiftsbrauerei haben sich schon wiederholt die Arbeiter beschwert...

Die Beschwerten, die dieserhalb geführt worden sind, haben eine Besserung auch noch nicht gebracht. Kommen da des Abends nach Arbeitsluß viele ältere Arbeiter in den Pferdestall...

Der Herr Verwalter des Hofes der Stiftsbrauerei möge sich daher beruhigen und die Arbeiter daselbst ebenso achten als auch er geachtet sein will...

Ostfosen. Die Versammlung am 18. September beschäftigte sich nach einem Vortrag des Kollegen Wachhäubl über Entwicklung und Leistungen der Gewerkschaften mit dem Hebertritt der Kollegen...

Mies. In der Versammlung vom 4. Oktober referierte nach Bekanntgabe und Diskussion des Kartellberichts Kollege Wolf-Leipzig über die historische Entwicklung der Gewerkschaften...

Kaßlath. Das hiesige Gewerbegericht hatte sich wieder einmal mit zwei Streitfällen zu beschäftigen, die so recht zeigen, was man sich auf Seiten mancher Braumeister alles einbildet...

Sonneberg. In der Generalversammlung gab Kollege Gagnit den Jahresbericht. Wissenwert ist die Tätigkeit in der Agitation...

Bierfahrer.

Breslau. Die Breslauer Bierfahrer wissen die Einigkeit zu schätzen. Sie haben sich diese geschaffen durch ihren Beitritt zum Brauereiarbeiterverband...

Nachträglich fand nun der Tarifabschluß des Transportarbeiterverbandes mit einigen Flaschenbierniederlagen statt...

Wir führen nicht die geringste Veranlassung, auf die im „Courier“ Nr. 40 und 43 erhobenen Beschuldigungen einzugehen, die Bierfahrer in Breslau und die Kollegen in den Niederlagen...

Am nun aber die Wahrheit wegen der Übernahme der Leute aus den Niederlagen festzustellen, und um über unsere Unterhandlungen mit der Gaase-Brauerei Bericht zu erstatten...

Da uns jede Möglichkeit fehlte, in Versammlungen der Transportarbeiter die Unwahrheiten ihrer Führer richtig zu stellen, beriefen wir zum 7. Oktober eine Versammlung ein...

„Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten Brauerei- und Mühlenarbeiter weisen die Unwahrheiten des Transportarbeiterverbandes auf das entschiedenste zurück und erklären, nach wie vor den Zerpfitterungsbestrebungen der Transportarbeiter nicht Folge zu leisten.“

Unter den 8 Stimmen gegen diese Resolution befanden sich auch die Mitglieder des „Maschinen- und Heizerverbandes“ außerhalb der Brauereien...

Diese Niederlage veranlaßte die Organisationsleitung der Transportarbeiter, zum 12. Oktober eine Versammlung einzuberufen, wozu die Kollegen Klippel und Auerbach schriftlich eingeladen wurden...

